

BUNDESFACHAUSSCHUSS 3

Äußeres, Verteidigung, Wirtschaftliche Zusammenarbeit

Grundsätze und Ziele Wirtschaftlicher Zusammenarbeit und Entwicklung

3 – Privatwirtschaft und Entwicklung

Wirtschaft und Beschäftigung: Arbeit als Grundlage eigenverantwortlicher Lebensführung; fairer Markt, freier Handel, private Investitionen

Nachhaltige Hilfe zur Selbsthilfe muss – parallel zur Sicherung der sozialen Grundbedürfnisse - dafür sorgen, dass die **Wirtschaft der WZ-Partnerländer gestärkt** wird, damit **die Menschen dort Arbeit und solides Auskommen finden**; sie möchten keine Almosenempfänger sein oder auswandern, sondern **ihr Leben eigenverantwortlich in ihrer Heimat gestalten**.

Günstige Kreditlinien über die „Finanzielle Zusammenarbeit“ mit KfW und lokalen Entwicklungs-banken haben sich besonders für kleine und mittlere Unternehmen bewährt, die so auch selbst Arbeitsplätze vor Ort schaffen können, z.B. in Afrika, Lateinamerika und Süd-Asien.

Dabei werden immer häufiger auch die ökologischen Nachhaltigkeitsziele (Erneuerbare Energien, Klimaschutz, Infrastruktur, Resilienz) in den Blick genommen.

Deutschland unterstützt die **berufliche Bildung**, insbesondere zugunsten sozial und wirtschaftlich benachteiligter Personengruppen wie Frauen und Jugendliche, Arme, Behinderte, Angehörige von Minderheiten, und orientiert sich dabei am bewährten Konzept der dualen Berufsausbildung in Deutschland, der parallelen Ausbildung in Betrieb und Berufsschule, also der engen Kooperation von Staat und Wirtschaft.

Der Fokus der Wirtschaftsentwicklung der WZ-Partner muss auf **marktwirtschaftlichen Strukturen und Stärkung ihrer Wettbewerbsfähigkeit** liegen. Um auf den Weltmärkten bestehen zu können, müssen sie gerechter in das internationale Handelssystem einbezogen werden, mit **Erleichterungen für ihre Ausfuhren** in die Industrieländer; wir (und die EU, auch im Agrarbereich) müssen *nach Kräften schrittweise unsere Märkte für ihre Produkte öffnen*. Umgekehrt kann die Marktöffnung der WZ-Partner für unsere Produkte verzögert erfolgen.

Durch eine unter marktwirtschaftlichen und rechtsstaatlichen Bedingungen gestärkte Wirtschaft können WZ-Partnerländer ein fruchtbares Umfeld für nationale und internationale **private Investitionen** schaffen. **So kann das Potential privater Finanzmittel, das bedeutend größer ist als die Mittel staatlicher WZ, für nachhaltige Entwicklung genutzt werden.**

Eine **Beteiligung der Privatwirtschaft an Entwicklungsprojekten** hat sich bewährt und kann einen guten Einstieg für **private Investitionen in die EZ-Partnerländer zum beiderseitigen Vorteil** bieten. Wir wollen deutsche Unternehmer dafür gewinnen, in Entwicklungsländer zu investieren und ihrerseits dortige Wirtschaftsakteure bei der Professionalisierung ihrer Tätigkeit fördern.

Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft (EPW)

... sind **kurz- bis mittelfristig angelegte gemeinsame Vorhaben von Unternehmen und der Entwicklungszusammenarbeit**. Im Rahmen einer Entwicklungspartnerschaft handeln beide Partner gleichberechtigt: Beide versprechen sich einen Nutzen aus der Partnerschaft, und beide beteiligen sich auch an den Kosten und der Durchführung der Projekte.

Entwicklungspartnerschaften (PPP/*private public partnerships*) kombinieren so die Innovationskraft der Wirtschaft mit den Ressourcen, dem Wissen und den Erfahrungen der Entwicklungspolitik. Sie mobilisieren zusätzliche Mittel für entwicklungspolitische Prozesse und Ziele und fördern den Transfer von Know-how und moderner Technologie in Entwicklungsländer. Sie sind dadurch ein großer Gewinn für die Entwicklungszusammenarbeit.
<https://www.bmz.de/de/themen/privatwirtschaft/entwicklungspartnerschaften>
:

Aber auch die **Unternehmen profitieren in besonderer Weise:**

- weil ihnen zusätzliche öffentliche Mittel zur Verfügung gestellt werden,
- weil sie bei ihren Vorhaben von erfahrenen entwicklungspolitischen Durchführungsorganisationen unterstützt werden, die über sektor- und landesspezifische Kenntnisse verfügen und
- weil sie sich neue Märkte für ihre Produkte und Dienstleistungen erschließen.

Entwicklungspartnerschaften gibt es inzwischen in allen Arbeitsbereichen der Entwicklungszusammenarbeit. So werden zum Beispiel durch die Einführung von ökologischen und sozialen Standards die Arbeitsbedingungen in Entwicklungsländern verbessert. Es werden neue Techniken verbreitet oder neue Anbaumethoden in der Landwirtschaft erprobt. Viele Maßnahmen dienen dem Umwelt- und Ressourcenschutz und schaffen Arbeitsplätze – auch in ländlichen Regionen.

Das BMZ unterstützt verschiedene Formen von Entwicklungspartnerschaften.

Integrierte Entwicklungspartnerschaften

Durch die Einbindung von Entwicklungspartnerschaften in staatliche, also zwischen Deutschland und den Partnerländern vereinbarte Vorhaben der Entwicklungszusammenarbeit, kann oft die Umsetzung größerer Programme ermöglicht werden, zum Beispiel zum Ausbau der Infrastruktur, zur Förderung erneuerbarer Energien oder zur Verbesserung der Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung.

Bildinformationen einblenden

Das develoPPP-Programm

Mit develoPPP fördert das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) das Engagement der Privatwirtschaft dort, wo unternehmerische Chancen und entwicklungspolitischer Handlungsbedarf zusammentreffen. Dafür stellt das BMZ Unternehmen, die in Entwicklungs- und Schwellenländern tätig werden wollen oder bereits sind, finanzielle und fachliche Unterstützung zur Verfügung.

Beschäftigung für nachhaltige Entwicklung in Afrika (E4D)

Im Rahmen des Vorhabens „Beschäftigung für nachhaltige Entwicklung in Afrika (E4D)“ unterstützt das BMZ öffentlich-private Partnerschaften in den acht Zielländern Ghana, Kamerun, Kenia, Mosambik, Sambia, Südafrika, Tansania und Uganda.

Fonds Fragile Staaten Westafrikas

Der Fonds Fragile Staaten Westafrikas wurde geschaffen, um in den Staaten der „Mano River Union“ (Côte d'Ivoire, Guinea, Liberia und Sierra Leone) Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft anzustoßen. Diese Partnerschaften sollen den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufschwung in diesen Staaten fördern und Arbeitsplätze für die Bevölkerung schaffen. –

Verfasser: Heinrich Haupt (komm. Leiter BFA 3) | 25.04.2023